

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD

- Drucksache 20/2765 -

Mögliche Unterstützung der Bundesgartenschau 2026

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit der Absage der Bundesgartenschau (Buga) 2025 in Rostock gibt es in der Stadt Erfurt Überlegungen, sich an einer möglichen Alternativplanung zu beteiligen. So wird in der Landeshauptstadt nur ein Jahr, nachdem die Buga im Egapark und auf dem Petersberg ausgerichtet wurde, intern die Möglichkeit einer erneuten Bewerbung besprochen (<https://www.stern.de/gesellschaft/regional/mecklenburg-vorpommern/bundesgartenschau-2025-hebt-erfurt-nach-buga-absage-in-rostock-die-hand--31971092.html>).

Wie die Thüringer Allgemeine am 6. Juli 2022 berichtet, wird es immer wahrscheinlicher, dass die Bundesgartenschau 2026 in Thüringen stattfindet. So berichtet die Zeitung über Zusagen unter anderem vom Bund, die das Vorhaben konkreter machen würden (<https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/finanzierungszusagen-fuer-die-buga-2026-in-erfurt-id235816111.html>).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. deren Ergebnisse – einschließlich Telefonate und elektronischer Kommunikation – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der wehrtechnischen Industrie sowie weiteren Unternehmen der Rüstungswirtschaft“ (Bundestagsdrucksache 18/1174 vom 15. April 2014) wird verwiesen. Zudem werden Gesprächsinhalte nicht protokolliert. Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig.

1. Mit welchen Vertretern des Freistaats Thüringen sowie anderer Länder und mit welchen kommunalen Vertretern (z. B. Bürger- und Oberbürgermeistern) Thüringens beziehungsweise anderer Bundesländer steht oder stand die Bundesregierung hinsichtlich der Durchführung der Bundesgartenschau 2026 in Verbindung (bitte einzeln nach Vertretern der Bundesregierung auflisten)?

2. Welche Gespräche (persönlich, telefonisch, digital) fanden ggf. bereits mit den unter Frage 1 genannten Vertretern von Ländern und Kommunen mit welchem Inhalt statt (bitte einzeln auflisten)?

3. Welche Zusagen wurden durch die Vertreter der Bundesregierung gegenüber den Vertretern der Freistaats Thüringen und einzelner Kommunen ggf. gemacht?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland Staatsminister Carsten Schneider hat aufgrund der Absage der Bundesgartenschau in Rostock in einem persönlichen Gespräch am 21. Juni 2022 mit dem Erfurter Oberbürgermeister über eine erneute Bewerbung für die Bundesgartenschau gesprochen und dabei seine Unterstützung für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2026 in Erfurt als Standort in Ostdeutschland zugesichert.

4. Wie kann die Bundesregierung eine mögliche Bundesgartenschau in Thüringen unterstützen?

5. Stellt die Bundesregierung Fördermittel für die Durchführung der Bundesgartenschau zur Verfügung und wenn ja in welcher Höhe, aus welchen Förderprogrammen beziehungsweise aus welchem Haushaltstitel? Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 4 und 5 werden zusammen beantwortet. Da keine konkreten Projektplanungen im Zusammenhang mit einer möglichen Bundesgartenschau 2026 vorliegen, können auch keine Aussage zu Fördermöglichkeiten getroffen werden.